

## «Wir sagen zum Islam, was Sache ist»



Hans Trachsel ist Präsident der Eidgenössischen Demokratischen Union (EDU) des Kantons Thurgau. (Bild: Reto Martin)

**Parteien vor der Wahl (1/9): Gleich mit drei Listen tritt die EDU an die Nationalratswahlen im Herbst an. Kantonalpräsident Hans Trachsel erklärt, dass die Islamisierung eines der Hauptthemen der Partei ist. Es dürften keine Parallelgesellschaften entstehen, warnt er.**

SILVAN MEILE

Herr Trachsel, in welcher Partei wären Sie, wenn es die EDU nicht gäbe?

Hans Trachsel: Wohl in keiner Partei, ich wäre möglicherweise parteilos – oder bei der SVP.

Mit der SVP geht ihre Partei für die eidgenössischen Wahlen im Herbst eine Listenverbindung ein. Sehen Sie sich als Wahlhelfer der SVP, die allenfalls dank Ihrer Hilfe den dritten Sitz halten kann?

Trachsel: In erster Linie hoffen wir, selber einen eigenen Sitz zu gewinnen. Dazu müssten wir realistischerweise aber deutlich zulegen. Wenn es uns selber nicht reicht, geht es unserer Kantonalpartei primär darum, die vier bürgerlichen Thurgauer Sitze zu verteidigen.

Im Kantonsrat ist die EDU in einer Fraktion mit der EVP. Wäre das nicht die bessere Listenpartnerin?

Trachsel: Die EVP hatte sich entschlossen, mit den Mitteparteien eine Listenverbindung einzugehen. Listenverbindungen sind keine Heirat, sondern auf die

Zeit bis zu den Wahlen beschränkt. Was aber den Christlichen Glauben und deren Werte angeht, ergänzen sich die beiden Parteien sehr gut. Gerade aber etwa in der Finanzpolitik sind wir manchmal schon unterschiedlicher Meinungen.

Ist das kein Problem?

Trachsel: Nein. Es schadet nicht. Oftmals führen die unterschiedlichen Ansichten zu vertieften Überlegungen auf beiden Seiten. Und das ist ja genau Politik. Wir wollen doch diesen Kanton vorwärts bringen, indem wir aufeinander zugehen und gemeinsame Lösungen finden. Das gilt auch in bezug auf andere Parteien. Innerhalb der Fraktion fighten wir zwar regelmässig, lachen aber auch oft.

Ihre Kleinpartei stellt 18 Nationalratskandidaten auf drei Listen. Ihnen mangelt es nicht an motivierten Parteimitgliedern?

Trachsel: Ja. Besonders gefällt uns die junge Liste. Aber auch die Gewerbeliste verdeutlicht unsere Gewerbefreundlichkeit in den eigenen Reihen.

Was braucht denn das Gewerbe?

Trachsel: Klein- und Mittelbetriebe haben einen Papierkrieg auszutragen. Es braucht deshalb Deregulierung. Wir müssen aufpassen, dass das Wesentliche nicht aus dem Fokus rückt und dadurch die Betriebe nicht zu stark auf Kosten der Innovation und Kreativität belastet werden. Ein gutes und starkes Gewerbe ist uns sehr wichtig.

Braucht es ein Kopftuchverbot an den Thurgauer Schulen?

Trachsel: Auf dem Altar der Toleranz darf nicht alles preisgegeben werden. Mir geht es vor allem darum, dass bei uns keine Parallelgesellschaft entstehen, wie sie etwa in Frankreich oder Deutschland bereits existieren. Integration ist wichtig. Toleranz über alles ist aber nicht der richtige Weg. Es braucht klare Regeln, wie etwa Kleidervorschriften an Schulen. Die Islamisierung ist eines unserer Hauptthemen.

Wo ist eine Islamisierung bei uns erkennbar?

Trachsel: Ich kann ihnen ein Beispiel schildern: Ich kenne eine Frau aus Polen. Sie arbeitet in einem Ostschweizer Betrieb, in dem ihrer Arbeitskolleginnen alles Muslimas sind. Von diesen wird sie ausgegrenzt, unter anderem weil sie ein Kreuz um den Hals trägt. Wo fängt also Toleranz an – und wo hört sie wieder auf?

Wie kommt solche Islam-Kritik in der Gesellschaft an?

Trachsel: Sie gibt uns Aufwind. Wir sagen, was Sache ist und merken dabei, dass dies gerade bei jungen Leuten in sozialen Medien vermehrt ein Thema ist. Es nützt nichts, Probleme herunterzuspielen, obwohl sie akut sind.

Was ist ein weiteres Hauptthema Ihrer Partei?

Trachsel: Wir müssen etwa die Gesundheitskosten wieder in den Griff bekommen. Das braucht ein Umdenken bei jedem Einzelnen beziehungsweise ein gesundes Leben. Eine Patentlösung haben wir auch nicht.

Wie stehen sie zur Asyldebatte?

Trachsel: Ich möchte jedem Menschen, der an Leib und Leben bedroht ist, vor dem Tod bewahren und Asyl geben. Wenn sich die Situation in ihren Länder aber verbessert hat, sollten sie wieder zurück müssen. Natürlich ist das eine idyllische Lösung. Es wäre aber wohl besser, einen Teil des Geldes, das wir hier im Asylbereich aufwenden, als Hilfe vor Ort einzusetzen. Die Bilder der Boote, die brechen einem das Herz.

Die kantonalen Wahlen in Zürich, Luzern und Baselland dienen vielen Parteien als Gradmesser für die eidgenössischen Wahlen im Herbst. Wie sieht es diesbezüglich für die EDU aus?

Trachsel: Mittelmässig. Wir haben in einigen Kantonen leicht zugelegt. Leider hat die EDU aber seit vier Jahren keinen Nationalratssitz mehr. Je mehr Leute aber diese Welt bevölkern, desto mehr Konflikte und Unstimmigkeiten wird es geben. Das wird Politikern zugute kommen, die die Menschenwürde hochhalten. Deshalb läuft die Zeit für uns – und das stimmt uns zuversichtlich.